

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. — Zugangspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk., —  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellungspreis: Die Spandhaus Zeile 6. — 2 Mk., von auswärts 10. — 2 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungswesen nach bel. Tarif, Nr. 2. — 1 Mk. — 1 Mk. vom Auswärts 10. — 2 Mk. Bei Wiederverkauf Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. —  
Spandhaus: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 195

Montag, den 20. August 1922

13. Jahrgang

## Die Reparationsverhandlungen in Berlin.

Die beiden Mitglieder der Reparationskommission Brabury und Mauclore sind gestern abend in Berlin eingetroffen. Der englische Kommissar Brabury hatte sogleich eine längere Besprechung mit dem englischen Botschafter in Berlin. Heute vormittag werden die beiden Abgeordneten der Reparationskommission vom Reichskanzler Dr. Wirth empfangen. Daran werden sich Besprechungen mit den Ressortministern anschließen.

Die von der Reparationskommission nach Berlin delegierte Mission wird sich, wie der „Temps“ schreibt, bestreben, von Deutschland die Wiedereinnahme produktiver Pfländer gegen Gewährung eines Moratoriums bis Ende des Jahres zu verlangen. Die Mission werde nur kurze Zeit in Berlin bleiben, da jedermann das Gefühl habe, die gegenwärtige Lage könne nicht mehr von langer Dauer sein. Aller Voraussicht nach werde die Mission nächsten Freitag wieder in Paris sein, so daß die Reparationskommission ihren Beschluß schon am kommenden Sonnabend bekanntgeben könne.

Die französischen Scharfmacher sind inzwischen weiter eifrig an der Arbeit. So schreibt „Petit Parisien“, offenbar beeinflußt: Wir glauben bestätigen zu können, daß, wenn eine zugunsten eines Moratoriums getroffene Entscheidung nicht die von Frankreich verlangten Pfländer enthält, wenn sie im Gegenteil Kompromisse in sich schließt, die vom französischen Standpunkt als unannehmbar angesehen werden, sich die französische Regierung für berechtigt halten wird, demgemäß zu handeln.

## Friede zwischen Reich und Bayern?

Die Verhandlungen mit den bayerischen Vertretern sind am Sonntag zum Abschluß gekommen. Unter Vorsitz des Reichspräsidenten fand eine Konferenz von Mitgliedern der Reichsregierung und den beiden bayerischen Ministern statt, in der das Ergebnis der Einzelbesprechungen zwischen dem Reichsjustizminister Dr. Radbruch und dem bayerischen Justizminister Winter erörtert wurde. Die beiden bayerischen Minister sind am Sonntag abend nach München abgereist, um das Ergebnis der Berliner Besprechungen dem Ministerrat vorzulegen, der schon am Montag stattfinden wird. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, handelt es sich bei der Annäherung des bayerischen Innenministers Lediglich um die ersten Schritte über das Protokoll; eine endgültige Vereinbarung kommt nicht in Frage. Man erwartet, daß die bayerische Regierung dieser Woche die Notverordnung aufhebt.

## Oberschlesischer Widerstand gegen neue polnische Forderungen.

Augeblitz der polnischen Forderungen bei der Grenzfestsetzungsmission fanden in sämtlichen Anlagen der Abzweig-Ansiedlung Versammlungen der Belegschaft statt. Nach einer sehr erregten Aussprache und einem entschiedenen Protest gegen die polnischen Forderungen wurden überall einstimmig Entschließungen angenommen, in denen betont wird, daß die Abzweig-Ansiedlung und die Teubritschichte Betriebsarbeiten sind, die nicht zerissen werden könnten, ohne die Betriebssicherheit der gesamten Anlagen schwer zu schädigen. Die Gesamtbelegschaft lehnt es entschieden ab, polnische Staatsbürger zu werden. Wenn die polnische Regierung Sorge um die wirtschaftliche Zukunft der Arbeiter, die in Makoschan, Kuznberg, Barnsdorf und Zjedorf wohnen, hat, bleibt es ihr unbenommen, bei der Grenzfestsetzungsmission dafür einzutreten, daß diese Orte Deutschland zugesprochen werden, um die wirtschaftliche Zukunft der Arbeiter zu sichern. Von der deutschen Regierung erwartet die Belegschaft, daß sie sich mit allen Mitteln für ein Verbleiben der beiden Anlagen bei Deutschland einsetzt und jeden Versuch, die Anlagen gegen andere Gewerkschaften einzutauschen, entschieden zurückweist. Die Belegschaft ist entschlossen, einer Zuteilung der Anlagen an Polen schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

## Polnische Kriegsgedanken.

Das radikal rechtsgerichtete polnische Blatt „Gazeta Barizawola“ beschäftigt sich in einem Artikel mit der Möglichkeit der Herstellung von Kriegsgerät in Polen

und meint dabei, Polen mühte jederzeit auf einen Krieg mit Rußland und noch mehr auf einen Krieg mit Rußland und Deutschland gefaßt sein. Nach den letzten tschechisch-russischen Verträgen schließe es auch die tschechische „Neutralität“ vollständig von jeder Verflechtung mit Frankreich ab. Die politische öffentliche Meinung müsse sich daher dafür interessieren, ob man im eigenen Lande Fabriken hätte, in denen man Automobile und vor allen Dingen Flugzeuge so rasch bauen könnte, um Verluste an der Front zu decken. Das Ende des Krieges habe unter dem Zeichen der Gasangriffe gestanden, auch das brauche daher Polen. Die chemischen Fabriken in Polen aber wären in den Händen der Deutschen und würden sicherlich im Kriegsfall durch irgendwelchen Zufall plöblich stillstehen, anstatt Kriegsmaterial zu liefern. — Polen hätte alle Veranlassung, sich anderen wichtigen Fragen zu widmen, als sich um militärische Dringlichkeiten Sorgen zu machen.

## Deutschösterreich vor der Katastrophe.

Der Bundeskanzler Prälat Seipel reist nach Prag und Berlin, um mit Dr. Bencsch und Dr. Wirth über die Katastrophe zu beraten, die dem deutsch-österreichischen Volk bevorsteht. Die Vermessung der Archidukin durch die Londoner Entente-Konferenz zur Vorbereitung auf den Völkerverbund hat die deutsch-österreichische Krone fast schon auf den Nullpunkt sinken lassen, die Lebensmittelpreise drücken sich bereits in astronomischen Zahlen aus, z. B. das kilo Brot 15 000, das kilo Schweinefleisch 30 000, der halbe Brot 4400 Kr. Die Vorräte der Getreideanstalt, mit denen das Brot noch „verbilligt“ wurde, sind erschöpft; inländisches Getreide ist rar und nicht billiger als ausländisches.

Aus Junsbruck wird gedruckt: Die Bedrohung der Tiroler und der übrigen deutsch-österreichischen Arbeiter durch die in Aussicht stehende Hungerkatastrophe ist in den letzten Tagen durch den neuen Sturz der Krone wesentlich verschärft worden. Die sozialdemokratische „Volks-Zeitung“ veröffentlicht einen Aufruf mit der Überschrift: „Schluß mit dem Fremdenverkehr!“ Der Aufruf schließt mit den Worten: „In wenigen Wochen muß eine furchtbare Not bei uns eintreten, eine Not, die das Volk zur Verzweiflung treiben muß. Je mehr Essen im Lande, desto größer die Not. Das Gebot der Selbsterhaltung diktiert allen Bevölkerungsschichten unseres Landes, die von der furchtbaren Forderung betroffen werden und die, wenn die Katastrophe eintritt, nicht aus dem Lande flüchten können, wie es die Valenta-Fremden tun, die Forderung: „Schluß mit dem Fremdenverkehr!“

## Neues Lohnabkommen für die deutschen Seeschiffswerften.

Die Verhandlungen zwischen der Norddeutschen Gruppe der deutschen Seeschiffahrt und der Zentral-Kommission der Gewerkschaften haben folgendes Ergebnis gezeitigt:

Es wurden Stundenlöhne festgesetzt für Gelernte 28—29 Mark, für Angelernte 26—27 Mark, für Ungerlernte 24—25 Mark. Die Sozialzulage erhöht sich für zwei Kinder auf 1 Mark pro Hund Prozentual betragen die Erhöhungen 18, 16 und 14 Prozent. Die Werftarbeiter werden am Montag zu diesen neuen Löhnen Stellung nehmen.

## Verstärkung des spanischen Poststreiks.

Aus Madrid wird gemeldet: Nach dem bekannt wurde, daß Polizeibeamte und Gendarmen die Post-eisenbahnwagen begleiten wollten, verließen alle Bahnpostbeamten sowie die Beamten der Hauptpost sofort die Arbeit, nachdem sie zuvor alle Briefbeutel entleert und die Sendungen durcheinander geworfen hatten. Das Hauptpostamt ist darauf von Militär besetzt worden. Der Vorsitzende und der Sekretär des Streikausschusses der Postbeamten wurden verhaftet. Die Postbeamten, die dieses vorausgesehen hatten, hatten schon im voraus zwei andere Ausschüsse zur Vertretung ernannt. Auch der Vorsitzende und der Sekretär des örtlichen Streikausschusses in Bilbao wurden verhaftet.

Eine Schloßpe der englischen Arbeiterpartei, die auch die Auslösung von Wahlen aus dem Parlament notwendig gewordenen Erfolge in Paris wurde der Koalitions-kandidat mit 100 Stimmen des Arbeiterlandes daten gewählt.

## Deutsch-englische Friedenskundgebung in Berlin

In Berlin fand gestern eine von den Gewerkschaften und den beiden sozialistischen Parteien veranstaltete deutsch-englische Friedenskundgebung statt, an der der Vorsitzende der englischen internationalen Schiedsgerichtshof John Morgan, der Generalsekretär Fred Maddison und zahlreiche andere Teilnehmer aus England erschienen waren. Maddison betonte in seiner Ansprache den aufrichtigen Wunsch der englischen Kommission, gemeinsam mit dem deutschen Volke eine neue Welt einzuleiten. Mehr denn je sei heute eine englisch-deutsche Annäherung notwendig. Das englische Vertrauen in den Friedenswillen des deutschen Volkes sei ganz besonders durch die Kundgebung des Reichspräsidenten Ebert am letzten Verfassungstage gestärkt worden.

Die englische Delegation überreichte anschließend eine Adresse, in der es heißt:

Wir wissen, daß der Gang zum ewigen Weltfrieden nicht leicht ist. Wir sind nicht Kosmopoliten, die die Verpflichtungen gegenüber dem eigenen Lande außer Achtlassen. Wir vergegenwärtigen uns andererseits die besonderen Schwierigkeiten, denen Ihre Republik in dieser kritischen Zeit gegenübersteht. Wir wünschen von den Deutschen, wie wir es eben von den Franzosen und allen andern wünschen, daß sie an der Weltgemeinschaft für den Frieden teilnehmen. In wenigen Tagen wird der Völkerverbund sich in Genf versammeln. Fast einstimmig wünscht die öffentliche Meinung Englands dringend, daß Deutschland Mitglied des Völkerverbundes werde. Wir haben Grund zu glauben, daß der Antrag Annahme finden werde. Der Wunsch, daß Deutschland dem Völkerverbund beitrete, wird fast von britischen Staatsmännern und Politikern verschiedener Parteien geteilt und geteilt, darunter auch von Vertretern der Staatsgeschäfte. Keine internationale Frage scheint uns gleicher Bedeutung zu sein wie die der Mitgliedschaft Deutschlands am Völkerverbund. Zum Schluß der Adresse heißt es: „Es handelt sich um eine Kundgebung des guten Willens von Männern verschiedener politischer Anschauung dargebracht, die aber in dem Wunsche einig seien, den Deutschen die Hand zu bieten.“

Die starkbesuchte Kundgebung schloß mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterkraft.

## Griechenlands Mobilisierung.

Dem „N. L.“ wird von einem Sonderkorrespondenten aus Adrianopel gemeldet: Seit dem erwarteten Zusammenbruch der Londoner Konferenz ist der gesamte nahe Orient noch mehr als früher auf gespanntem, nervösem „Autos“ in Athen folgen Ministerpräsident auf Ministerpräsident. Der Generalstabschef hat in Athen seinen Sitz. Die militärische Bewegung wurde durch sofortige Einberufung des Jahrganges 1922 noch verstärkt. Die Note der allierten Mächte gegen die Autonomie Kleinasiens betraucht der Ministerrat als nichtig, da sie nicht als Kollektivschritt der Entente-Mächte zu betrachten sei. Aus Italien wird hierher als italienische offizielle Auffassung berichtet, England werde, falls Frankreich Sanktionen gegen Deutschland ergreife, Griechenland auf Konstantinopel marschieren lassen. Die gleiche Meinung ist in Griechenland selbst vorherrschend. Im ganzen Osten wird keine Stimme des Verständnisses und der Verständigung für die französische Reparationspolitik laut. Die allgemeine Meinung geht dahin, Frankreich grabe sich selbst und Europa das Grab. Die Sympathien für Deutschlands Schicksal sind überall im Osten stark und herzlich. Die Aufstellungen kemalistischer Truppen in Smyrna dauern an. Auffällig ist, daß jugoslawische Blätter den griechischen Vormarsch verurteilen, von Störung des Balkangeleichgewichts sprechen und Kompensationen fordern. Dessenungeachtet ist die griechische Armee jeden Augenblick bereit, zu marschieren.

Beisch aus der S.P.D. ausgeschlossen. Der Bezirksvorstand des Bezirksverbandes Brandenburg beschloß auf Antrag der Untersuchungskommission einstimmig, Dr. Paul Lenich wegen beharrlichen Zuwiderhandelns gegen die Beschlüsse der Partei und wegen eheloser Bestimmung im Sinne der Partei aus der Organisation auszuschließen. Gegen Dr. Lenich wurde bereits im Herbst des Vorjahres ein Verfahren wegen dauernder Misshandlung an der S.P.D. durchgeführt. In diesem Verfahren erklärte der Bezirksvorstand auf eine Anfrage, der jetzt der Untersuchung des einstigen ultraradikalen und jetzigen Stimmes-Moderators gefolgt ist.

Die Wahlen in Polen.

Der polnische Staatschef hat, dem Beschlusse des Sejms entsprechend, die Neuwahlen zum Sejm für Gesamt-

Neue Lohnvereinbarungen. Die Einigung über die Erhöhung der Löhne für die Arbeiter bei der Fleisch-

Verbot des "Mittelschmerz" Angelegers. Der "Mittelschmerz

Waffenverboten gegen Eisenbahner in Italien. Die Direktion

Wiederherstellung deutscher Schiffe in finnländischen Häfen. Bezüglich der Behandlung deutscher Schiffe

Frankfurter Rücktransporte. Die Sowjetregierung hat mit der Ueberführung der gelstkranken russischen

Neuer Sozialistenprotest in Rußland. Aus Moskau wird gemeldet: Eine Kommission des Obersten Revolutionär-

Sowjetrussischer Willkürakt: Für Deutschland. An wäcker Zeit trifft in Berlin ein sowjetrussischer Willkür-

Danziger Nachrichten.

"Ehrliche" Finder.

Wer eine verlorene Sache findet und an sich nimmt, hat dem Verlierer oder dem Eigentümer oder einem sonstigen Empfangsberechtigten unzerzühlich Anspiche

Also belagt der § 489 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Jeder, der schon einmal „etwas“ verloren hat, weiß, daß es ehrliche und unehrliche Finder gibt.

Der ehrliche Finder war ich heute, wie ein junger Arbeiter einen Spitzenfragen fand. Ein Mädchen kam des Weges daher und sagte: „Den können Sie mir schenken“.

In diesen Tagen ging ich mit einer Gruppe von Frauen spazieren und fand eine Brosche. Ein ganz wertloses Ding. Aber auf der Vorderseite der Brosche

Man möchte allen Verlierern solche „begelsterten“ Finderinnen wünschen, wie die erwähnten Frauen es waren.

Die neuen Beiträge in der Krankenversicherung.

Die Erhöhung der Beiträge in Krankheitsfällen ist in Anbetracht der Teuerung unbedingt erforderlich. Die Regierung hat aus diesem Grunde die Versicherungsgrenze auf

Da in Versichererkreisen über die Höhe der Beiträge vielfach Unklarheit herrscht, soll in nachstehendem das Verhältnis

75 Pf., 18 RT. 97 Pf., 18 RT. 120 Pf., 18 RT. 142 Pf., 22 RT. 165 Pf., 25 RT. 187 Pf., 28 RT. 217 Pf., 32 RT. 247 Pf., 37 RT. 277 Pf., 41 RT. 307 Pf., 45 RT. 337 Pf., 50 RT. 375 Pf., 55 RT. 412 Pf., 61 RT. 460 Pf., 76 RT. 603 Pf., 80 RT. 675 Pf., 106 RT. 787 Pf., 120 RT. 900 Pf.

Dieses ist zu bemerken: In die Klasse mit 120 Mark Grundlohn gehören alle Versicherer mit über 115 Mark

Um allgemein sei noch daran erinnert, daß die Mitgliedschaft mit dem Eintritt in das versicherungspflichtige Arbeitsverhältnis beginnt

Gefängnis für Milchpantcher.

Es sind in letzter Zeit allgemein Klagen laut geworden, daß die Milch entrahmt oder verworkert in den Handel gebracht wird.

Wichtige Lebensmittel durch Ausschaltung des Zwischenschaltens will eine Organisation schaffen, die von Pfarrer a.D. Schach in Arriebohl bei Hohenselb propagiert wird.

Fehlende Anshänge über die Arbeitszeit. In den Betrieben müssen Anshänge angebracht sein, in denen bekanntgemacht wird, wann die Arbeitszeit beginnt und endet.

Das Erdbeben in Chile

Novelle von Heinrich von Kleist.

Das alles erzählte sie sehr voll Mithung dem Jeronimo und reichte ihm, da sie vollender hatte, den Knaben zum Schluß dar.

Als sie erwachten, stand die Sonne schon hoch am Himmel, und sie bemerkten in ihrer Nähe mehrere Familien, beschäftigt, sich am Feuer ein kleines Morgenbrot zu bereiten.

alle versöhnt wären. Sie konnten in der Erinnerung gar nicht weiter als bis auf ihn zurückgehen. Nur Donna Ellabeth, welche bei einer Freundin auf das Schauspiel des gestrigen Morgens eingeladen worden war, die Einladung

### Verhandlung zwischen Danzig und Polen.

Wie wir erfahren, haben die unter Vorsitz des hohen Kommissars des Völkerbundes in voriger Woche stattgefundenen unmittelbaren Verhandlungen zwischen Polen und Danzig in der von dem stellvertretenden Präsidenten des Senats in der letzten Sitzung des Hauptausschusses als fruchtbar erwähnten Frage der Handelsstatistik zu einer Einigung geführt. Polen hat erklärt, daß die Entscheidung der prinzipiellen Frage, ob die Handelsstatistik zur Zollabrechnung gehören, zurückgestellt werden kann und sich damit einverstanden erklärt, daß das für die Durchführung der Zollstatistik notwendige Gesetz und Verordnungen von Danzig aus erlassen werden. Danzig ist bereit, Polen das für seine Zollabrechnung nötige statistische Material zu geben. Zurzeit sind polnische und Danziger Fachverständige mit der Befreiung der Einzelheiten beschäftigt.

Auch in der Frage des Ausweisungsverfahrens soll nach einer Mitteilung aus polnischer Quelle, eine Verständigung auf Grund der Ausschließung des Rates des Völkerbundes zwischen dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen und dem Vertreter des Senats der Freien Stadt Danzig Senatspräsident Dr. Bloch erzielt worden sein. Der bereits endgültig festgelegte Wortlaut dieser Verständigung soll in den nächsten Tagen unterzeichnet werden.

### Erhöhung der Sozialrenten und Beiträge.

Dem Volkstage ist vom Senat ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, nach dem mit Wirkung vom 1. August die Höhe der Sozialrenten erhöht werden. Die Mittel dafür sollen durch die Versicherer aufgebracht werden. Die Sozialrenten sind durch die Versicherer aufgebracht worden. Vom 1. August 1922 an sollen die Renten, die vor diesem Tage festgesetzt sind, bei den Empfängern einer Invaliden-, Alters-, Witwen- oder Waisenrente um 200 Mk., bei den Empfängern einer Waisenrente um 100 Mk. monatlich erhöht werden. Aus der Erhöhung der Renten ergeben sich Neuerungen des Gesetzes über Notstandsmassnahmen für Sozialrentner. Die Unterstützungsgrenze ist erweitert bei den Invaliden- oder Altersrenten auf 7200 Mk. (bisher 4800 Mk.), bei den Witwen- oder Waisenrenten auf 8700 Mk. (bisher 6000 Mk.), bei den Waisenrenten auf 9200 Mk. (bisher 7000 Mk.).

Bisher wurde als höchster Wochenbeitrag 12 Mk. zur Invalidenversicherung erhoben - bei einem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 18 000 Mk. Jetzt werden neue Lohnklassen mit folgenden Beiträgen geschaffen: Jahresarbeitsverdienst 18 000-27 000 Mk. Beitrag 18 Mk., 27 000-36 000 Mk. Beitrag 24 Mk., 36 000-45 000 Mk. Beitrag 30 Mk., 45 000-72 000 Mk. Beitrag 42 Mk., über 72 000 Mk. Beitrag 52 Mk. pro Woche. Die Beiträge werden je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen.

### Neue Steuerungsmaßnahmen für Militärrentner.

Der deutsche Reichsminister hat mit Zustimmung des Reichsrats aus Anlaß der eingetretenen Brotpreiserhöhung und der weiteren Zunahme der allgemeinen Teuerung mit Wirkung vom 1. September d. J. im Verordnungswege die Teuerungsauslässe für Militärrentner nach dem Gesetz vom 21. Juli d. J. wesentlich erhöht. Sie betragen nunmehr monatlich für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 Prozent 300 Mk., um mehr als 80 Prozent 1200 Mk., für eine Witwe 800 Mk., für eine verwitwete Witwe 400 Mk., für eine eierlose Witwe 600 Mk., für einen Eltern- oder Vatersrentner 1000 Mk., für Empfänger eines Übergangsausbeides oder eines Hausausbeides und für Empfängerinnen einer Witwenhilfe 800 Mk. Schwerbeschädigte, die nur auf die Rente angewiesen sind und einen Erwerb ausüben nachweislich nicht imstande sind, erhalten 1000 Mk., eine Witwe unter den gleichen Voraussetzungen 1200 Mk. Für Kinder Schwerbeschädigter und Hausausbeideempfänger wird ein Zuschuß von 200 Mk. gewährt. Durch die Erhöhung der Teuerungsauslässe werden auch die Einkommensgrenzen, die für die Bemessung der Teuerungsauslässe maßgebend sind, entsprechend erhöht, so daß ein größerer Personenkreis als bisher zum Bezug eines Teuerungsausbeides berechtigt ist. Öffentlich werden diese Verbesserungen auch bekannt für den Kreis der Angehörigen eingeführt. Die letzten im Reich am 21. Juli verfügte Teuerungsauslässe kamen erst jetzt im Freistaat zur Auszahlung. Es wäre zu wünschen, daß die Behörden diesmal ebenso schnell arbeiten.

### Die Aufbringung der Getreidemenge.

Der Senat hat beschlossen, den einzelnen Kommunalverbänden folgende Getreidemenge aufzuerlegen: 1. Kommunalverband Wd. Werder 7082 Tonnen, 2. Kommunalverband Danziger Miedering 4125 Tonnen, 3. Kommunalverband Danziger Höhe 3094 Tonnen, 4. Stadtkreis Danzig 129 Tonnen, 5. Stadtkreis Boppo 80 Tonnen.

Das verschwindende neue Danzig. Für den Verfassungstag (11. August) sind zwar 10 000 der neuen Dreimarckstücke in den Verkehr gebracht, jedoch in die Bevölkerung sind sie nicht gedrungen. 100 000 Stück erhielten die Angestellten der Generalkassastelle 1000 Stück die Angestellten der Wägen, der Meß- und Verhörs- und Wägen zu. Wegen ein Aufgeld von 300 Prozent kann auch ein gewöhnlicher Arbeiter die Verfassungsbanknote in Berlin erhalten. Demnach sollen jedoch weitere Ausmünzungen erfolgen, man will angeblich für jeden Deutschen eine Verfassungsbanknote prägen, als 80 Millionen Stück. Dies bedeutet aber nicht, daß auch jeder eine erhält, denn die Kammer soll Händler wollen leben. In den nächsten sechs Wochen sollen auch die anderen Partemünzen folgen und bis Ende des Jahres sollen 800 Millionen ausgeprägt sein.

Danzig als Handelshafen für Ostpreußen. Nach einer Postenverteilungsmeldung will die Sowieverwaltung Danzig als Import- und Exporthafen benutzen. Das soll eine Antwort auf die Bedrohungen der Kommunisten durch die russischen und estnischen Behörden sein. Es wird abzuwarten sein, ob diese Absicht verwirklicht werden wird.

Mandatniederlegung. Der deutschnationalen Volksratsabgeordnete und Lehrer Dabritz hat sein Volksratsmandat niedergelegt, angeblich aus gesundheitlichen Gründen. Sein Nachfolger ist der Postbesitzer Penner L. Köhler.

Für den Korrespondenten von Wichtigkeit ist, daß das polnische Außenministerium beschloß hat, am 1. Oktober ein Vizekonsulat in Schneidemühl und eine Konsularagentur in Stettin zu eröffnen. Der Bereich des Vizekonsulats in Schneidemühl ist die Grenzmark

Polen Westpreußen, der der Konsularagentur in Stettin Pommern. Das Vizekonsulat untersteht der polnischen Vizekonsulat in Berlin, die Konsularagentur dem Vizekonsulat in Schneidemühl. — Da. Postamt Gdingen der polnisch-Danziger Grenze soll aufgehoben werden.

### Die Brotverfälschung

Selbst augenblicklich unter Kalamitäten, die dringend der Abhilfe bedürfen. In den letzten Tagen der Woche war das Brot in den meisten Bäckereien meistens so knapp, daß viele Käufer ihren Bedarf nicht decken konnten. Die Ursache liegt hauptsächlich in der ungenügenden Mehlbelieferung der Bäckereien. Einzel kam auch, daß sich das Gerücht einer weiteren Brotpreiserhöhung verbreitet hatte und viele Hausfrauen bewußt waren, ihren Bedarf für die kommende Woche noch zum bisherigen Preise einzudecken. Die Folge war, daß am Sonnabend nachmittag überhaupt kein Brot mehr zu haben war und sich wieder lange Polonoisen vor den Bäckertüren bildeten. Das Gerücht über die Brotpreiserhöhung ist, wie mitgeteilt wird, anzutreffend. Wie trübsalig verhängt wird, eile es den Tatsachen voran. Es soll jedoch mit einer neuen Brotpreiserhöhung gerechnet werden, doch wird dies erst nach vorheriger Bekanntgabe von ausländischer Stelle eintreten. Wenn sich auch infolge der durch die Umlage erhöhten Getreidepreise eine Kupplung der Brotpreise nicht vermeiden läßt, so scheint es doch, als wenn auch die Umlage-Sabotage der Agrarier davon nicht ungeschuldig ist. Durch die Zurückhaltung der Getreidebelieferungen ist das Wirtschaftsamt anscheinend gezwungen, größere Auslandskäufe zu tätigen, was selbstverständlich nicht ohne Wirkung auf den Brotpreis bleibt. Die Agrarier treiben so den Brotpreis hoch, um günstige Vorbedingungen für ihren Vorkauf auf Erhöhung der Umlagepreise zu schaffen. Dagegen muß das Ernährungsamt unbedingt mit scharfen Maßnahmen aufstehen.

### Die Fleischer und der Preiswucher.

Von der Fleischerinnung erhalten wir, mit der Bitte um Veröffentlichung, folgende Erklärung: Das Fleischergewerbe steht sich gezwungen, zufolge der raschen steigenden Fleisch- und Fleischpreise mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit zu treten. Wir wollen hiermit nicht bezwecken, der Landwirtschaft, dem Zwischenhandel oder dem Fleischergewerbe einzeln und allein die Schuld an der Teuerung belagern. Aus der Tatsache heraus, daß das Fleischergewerbe als letztes Gliedglied zwischen Erzeuger und Verbraucher nun einmal in Frage kommt, betraten wir den Weg der breiten Öffentlichkeit, um unsererseits nicht den Woll der tausenden Publikums auf uns sitzen zu lassen. Wenn man nach den Gründen der heutigen Teuerung sucht, so spielt hierbei die trostlose Entwertung unseres Geldes eine bedeutende Rolle.

Das Fleischergewerbe sieht seine Existenz auf das schwerste bedroht, wenn die Preise bis in das Unendliche weiter steigen. Wir sehen den Verbrauch an Fleisch- und Wurstwaren dauernd und rapid zu rückgehen, denn die Bevölkerung kann zu den hohen Preisen nicht mehr so einkaufen, als sie möchte. Hierdurch vermindert sich naturgemäß auch das Einkommen des Fleischergewerbes, dem auch auf der anderen Seite stark erhöhte Kosten gegenüberstehen. Ein hiermit verbunden ist die Wertminderung des Betriebskapitals, da heute zum Einkauf derselben Mengen ein Vielfaches an Geld erforderlich ist. Das Kreditbedürfnis des Gewerbes ist dauernd im Steigen begriffen und geht immer mehr einer Katastrophe entgegen. Das Fleischergewerbe muß jede Verantwortung für die hohen Preise ablehnen. Das Fleischergewerbe hat an der Hochspannung der Preise kein Interesse. Das Fleischergewerbe bedauert lebhaft die Not der Bevölkerung in der Lebensmittelversorgung.

Wir haben diese Erklärung veröffentlicht, obwohl wir nicht der Auffassung sind, daß die Fleischer an den Preissteigerungen ganz ungeschuldig sind. Wenn sich die Fleischer gegen die Preissteigerungen der Agrarier und Großhändler solidarisch und geschlossen zur Wehr setzen würden, würde es ihnen sicherlich gelingen, dem Wucher wenigstens teilweise einzudämmen. Solange sie nichts dagegen unternehmen und den Produzenten und Händlern jeden Wucherpreis freudig zahlen, sind sie zum mindesten mitgeschuldig. Öffentlich werden sie nun, veranlaßt durch die Folgen, die sie ja angeblich am eigenen Leibe spüren, ebenfalls sich zu einem energischen Vorgehen aufraffen. Der Bevölkerung könnte das nur recht sein.

### Postpaketverkehr zwischen Danzig und Polen.

Heute wird der Postpaketverkehr zwischen dem Freistaat Danzig und Polen einschließlich Vorn-Oberhessen aufgenommen. Zugelassen sind Pakete ohne Wertangabe und Pakete mit Wertangabe bis zum Höchstbetrage von 1000 Franken, die nach dem jeweils für die Paketgebühren festgesetzten Umrechnungsverhältnis in die Währung des Aufgablandes und außerdem in (Gold-)Franken auf dem Paket und der Paketkarte vermerkt werden. Unzulässig sind bringende Pakete, Nachnahme- und gebührenfreie Pakete. Einrückung ist zugelassen. Es besteht Freimachungsantrag.

Für Pakete ohne Wertangabe werden erhoben: Für Pakete ohne Wertangabe im Gewicht bis zu 1 Kilo 30 C., bei sperrigen Paketen 45 C. nach dem gegenwärtigen Umrechnungsverhältnis für den Reichsfranken 48 Mk. bzw. 72 Mk., über 1 bis 5 Kilo 10 C. bzw. 60 C. (104 bzw. 106 Mk.), über 5 bis 10 Kilo 50 C. bzw. 120 C. (128 bzw. 130 Mk.), über 10 bis 15 Kilo 120 C. bzw. 180 C. (152 bzw. 158 Mk.), über 15 bis 20 Kilo 160 C. bzw. 240 C. (168 bzw. 174 Mk.). Für Pakete mit Wertangabe 1. die vorstehend aufgeführten Gewichtsklassen, 2. eine Versicherungsgeldgebühr von 2 C. für je 300 Fr. der Wertangabe, 3. eine Sendungsgebühr von zurzeit 4 Mark.

Die Einschlaggebühr beträgt 30 C. und ist vorauszubehalten. Im Falle des Verlustes, der Veranbarung oder Beschädigung eines Paketes ohne Wertangabe darf die Ersatzleistung nicht über 2 Goldfranken für jedes Kilogramm oder einen Bruchteil eines Kilogramms der Sendung hinausgehen, wobei für die Berechnung des Gegenwertes eines Goldfranken der Aufgabebot der Sendung maßgebend ist. Die Postpakete sind mit Auslandspostkarte aufzuliefern; ihnen muß bei Paketen nach Polen eine Soll-

in Danzig... (Text partially obscured and illegible)

Kübere Kunst... (Text partially obscured and illegible)

Die... (Text partially obscured and illegible)

Der... (Text partially obscured and illegible)

Die... (Text partially obscured and illegible)

Ein... (Text partially obscured and illegible)

Die... (Text partially obscured and illegible)

Die... (Text partially obscured and illegible)

Die... (Text partially obscured and illegible)

Die... (Text partially obscured and illegible)

Die... (Text partially obscured and illegible)

Die... (Text partially obscured and illegible)

Die... (Text partially obscured and illegible)

Die... (Text partially obscured and illegible)

Die... (Text partially obscured and illegible)

